

umungen werden, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen und zu zeigen, was sie sind, die Schöpfung des Klassenkampfes, die mit sozialen Lebensarten die Arbeiter ideologisch an die Reformen binden.

So wie in der Frage der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit, so werden sich diese „linken“ in entscheidenden Momenten, die den Weg der „linken“ Phrasen vom „Klassenkampf“ für den man dem Arbeiter den letzten Groschen aus der Tasche gezogen hat, ob sie den Schwimmbad mit dem Washingtoner Abkommen, für das sich der ADGB mit allen demagogischen Mitteln einsetzte, bedenklich, oder ob sie gewillt sind, mit den aktiven, revolutionären Elementen in den Gewerkschaften, mit den Kommunisten gemeinsam um die wirkliche Herstellung des uneingeschränkten „harten“ Achtstundentages zu kämpfen. Es wird sich zeigen, ob die „linken“ Sozialdemokraten, die sich insbesondere in Sonntagen durch eine schlecht maskierte „Opposition“ den Arbeitern als die „wahrhaft echten“ Revolutionäre anpreisen, in diesen entscheidenden, für das Proletariat lebenswichtigen Fragen auf dem Breslauer Kongress bereit sind, mit den Kommunisten gemeinsam den Kampf zu führen, für:

- die Einheit der Gewerkschaften für den harten Achtstundentag
- für die Annahme der politischen Gefangenen gegen die indirekten politischen Gefangenen
- gegen den schuppenartigen Lohnraub gegen den Brotwucher
- gegen die Reaktion in der Sozialgesetzgebung
- und gegen die monarchistische Luther-Regierung.

Die Kommunisten werden sie erneut vor die Frage stellen, zur Sicherung der Lebens- und Kampfbedingungen des Proletariats im Rahmen der von den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten genannten „demokratischen“ Republik bei Nichterfüllung dieser Forderungen den entschlossenen außerparlamentarischen Kampf der gesamten Gewerkschaften einzuleiten und mit aller Konsequenz durchzuführen. Die Hoffnungen der deutschen Arbeiter auf den Kongress des ADGB sind groß. Die Reformisten werden sie nicht erfüllen. Unsere Aufgabe wird es sein, die „rechten“ wie die „linken“ Sozialdemokraten auf ihrem eigenen Kampfgebiet zu klaren Entscheidungen zu zwingen, den Arbeitern ihr arbeitgemeinschaftliches, reformistisches, sozialrevolutionäres Wesen klar vor Augen zu führen, und damit die Voraussetzungen zu schaffen, die Gewerkschaften unter der Führung der Kommunisten zu den Klassenkampforganisationen der Arbeiter zu machen.

In allen Betrieben, in jeder Werkstatt, in jeder Versammlung müssen die Arbeiter für die Tagung dieses Kongresses interessiert und die Forderung nach der Einheit der Gewerkschaften zur Diskussion gestellt werden.

Aus allen Betrieben und Versammlungen muß die Forderung erhoben werden:

- Einladung der russischen Vertreter zum Deutschen Gewerkschaftskongress
- Erweiterung des englisch-russischen Kampfbündnisses durch Anknüpfung der deutschen Gewerkschaften.
- Einweg mit allen Saboteuren der internationalen Einheitsfront! — Her mit der gewerkschaftlichen Kampffront des Weltproletariats!
- In allen Betrieben und Werkstätten muß die Arbeiterschaft von dem Gewerkschaftskongress die Entsendung einer Delegation nach Rußland verlangen.
- Ergänzt die Einheitsfront der Gewerkschaften!

### Neuer Vorstoß der sächsischen Reaktion gegen die Volksschule

Kaum haben die Führer und Konfessoren mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Lakaien die neue Gemeindeordnung ins Trockene gebracht, so bereiten sie schon einen zweiten Anschlag vor. Diesmal gilt es der Schule und im besonderen der Volksschule. Die rechten „Leipziger Nachrichten“ kündigen diesen Anschlag im Leitartikel ihrer Sonnabendnummer an. Es heißt da:

„Der außerordentlich scharfe Linkstoß des Zeigernkommunismus hat zwangsläufig als Gegenstoß zunächst die Bildung eines Kabinetts der großen Koalition begünstigt und dessen ausgleichende politische Maßnahmen verursacht. Der bewußten Beteiligung im Sinne eines unabhängigen Klassenkampfes ist die ebenso bewußte Wiederheranziehung des unter dem Regime Zeigerns förmlich fallengelassenen Bürgerrechts zur Teilnahme an den Staatsgeschäften gelangt. Die Auswahl der Beamten lediglich nach der Bewahrung der Bewerber innerhalb einer einzigen Partei ist ersetzt worden durch eine Auswahl nach sächsischen und sächsischen Gesichtspunkten, was dem Staat nur dienlich ist. Die Vergewaltigung berechtigter Regungen des religiösen Gefühls ist durch Maßnahmen kluger Duldsamkeit abgeleitet worden. Auf dem Gebiete des Volksschulwesens sind Maßregeln in Vorbereitung, die den bislang gestatteten Ausartungen schrankenloser Willkür in der Unterrichtsgestaltung vorbeugen werden.“

Also, ein neues Schulgesetz in Vorbereitung, das in der politischen Tendenz der neuen Gemeindeordnung nicht nachsteht und wird. Die Volksschule soll wieder völlig der Kirche untergeordnet werden.

Die sächsischen Hindenburgianer befinden sich nicht mehr im Vormarsch, sie beginnen schon, die von den Arbeitern eroberten demokratischen Positionen wieder zurückzugewinnen. Die Gemeindeordnung war der erste Vorstoß in dieser Richtung, der weitgehend sich gegen die Volksschule richtete.

Allerdings sind die erwähnten Bestrebungen der sächsischen Reaktion nicht neu. Sie haben Vorläufer, vor allem in der bekannten Denkschrift des Kultusbildungsministers Kaiser und in dem bekannten Schulaufsichtsgesetz. Aber Denkschrift sowohl wie Schulaufsichtsgesetz waren, verglichen mit dem neuen Anschlag auf die Schule, nur Vorproben. Den entscheidenden Schlag gegen die Volksschule wird die Reaktion in Kürze führen.

Bei der Vermittlung dieser Bestrebungen hofft die sächsische Reaktion natürlich wieder auf ihre getreuen Kettenhunde, die rechten Sozialdemokraten. Es steht schon jetzt außer Frage, daß diese Schurken auch diesmal der Reaktion zum Siege verhelfen werden.

Die „Linken“ — sie werden, wie mit es gemeinhin sind — heulweinen und mörbeln über die „Rechten“ schimpfen — aber mehr nicht. Wir werden das gleiche Spiel wie bei der neuen Gemeindeordnung erleben, die Rechten handeln, die Linken „protestieren“, und derweilen triumphiert die Reaktion.

### Zantoff-Methoden in deutschen Gefängnissen

Die Opfer des Leipziger Spitzelprozesses werden in Ketten gelegt

In dem großen Leipziger Spitzelprozeß vor dem Staatsgerichtshof wurde unter anderem der Genosse Rudolf Margies zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt. Margies ist jetzt in

das Gerichtsgefängnis nach Bielefeld abtransportiert worden. Hier ist wegen einer anderen politischen Straftat gegen ihn ein neues Verfahren anhängig gemacht.

Der Transport des gefangenen Genossen von Leipzig nach Bielefeld zeigt, daß die deutsche Justiz weder am dem Haffel-Koll die Lehren gezogen hat, noch irgendwie gemildert ist, von den unerhörten Mitteln, die das Richtergericht und der bekannte Inquisitor Kappenhöfer in Stuttgart bei den Angeklagten angewandt haben, abzuweichen.

Margies wurde bei seinem Transport in schwere Ketten gelegt. Eine große Kette wurde ihm um den Leib geschlungen und durch kurze Ketten wurden ihm dann die Hände angeschlossen. In diesem Zustande mußte Margies von früh 5.30 Uhr bis zum Spätnachmittag den Transport zurücklegen. Selbst auf dem Bahnhof wurden ihm die Ketten nicht abgenommen, trotzdem drei Beamte als Wachmannschaften für „höheres“ Geleit sorgten.

Margies ist, wie gelangt, nach Bielefeld in Untersuchungshaft überführt worden. Dort wurden ihm seine eigenen Kleider abgenommen. Da sich der Genosse nun wegen, in der Untersuchungshaft die Gefängnisleitung zu tragen, läßt man Margies vollkommen nackt in seiner Zelle sitzen.

In einem Briefe schreibt Margies folgendes: „Wurde ich im vorigen Jahre gezwungen, durch Kappenhöfer in Stuttgart acht Wochen ohne jede Bewegung in stielger Luft in einer Dunkelzelle zu leben, so werde ich auch jetzt diese Zeit ohne jede Freistunde auskommen, da man mich in meinem Zustande nicht auf den Hof führt.“

Da ich trotz der bereits 18 Monate schwebenden Untersuchung bisher auch jede Auslage beharrlich verweigert habe, so laßt mich diese Anordnung der Reichsanwaltschaft betreffs meiner Behandlung als einen neuen Versuch zu Kappenhöfer an, von mir Geständnisse auf ungehörliche Art zu erpressen. Es wird ebenso vergeblich sein wie in Stuttgart, als echter Kommunist kann man nach viel mehr ertragen. Ich laße über diese Vertreter der Justiz.“

Wie lange will die deutsche Arbeiterschaft diesen mittelalterlichen Inquisitionsmethoden der Justiz noch gleichgültig zusehen?



Die Todesurteile und die unerhörten Zuchthausurteile, die unter Druck des gerichtlichen Rechts vom Staatsgerichtshof gefällt wurden, müssen schnellstens aufgehoben werden!

Der Staatsgerichtshof, das Ausnahmegericht gegen die Kommunisten, muß verschwinden!

Die Vollstreckung für alle proletarischen, politischen Gefangenen muß endlich durch den Massenruck der Arbeiterschaft erzwungen werden!

### Der Zentral-Prozess auf Oktober verschoben

Die bürgerliche PS-Korrespondenz meldet: Der Prozeß gegen die Zentrale der SPD, Erweiterung des Anlagematerials. Der Prozeß gegen prominente Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei, der ursprünglich noch im Mai abgemeldet werden sollte, ist nunmehr auf Oktober dieses Jahres verschoben worden. Die Verhandlung war notwendig, weil die Reichsanwaltschaft das Material, das sich im Ticheta-Prozess ergeben hat, zum Teil gegen die angeklagten kommunistischen Führer verwenden will. Aus diesem Grunde ist möglicherweise auch mit einer Erweiterung der Anklage zu rechnen. Ferner beabsichtigt der Staatsgerichtshof, gemißtrauen als Einleitung zu diesem Prozeß, zunächst die Verhandlung gegen den Kommunisten Maslow durchzuführen, der bekanntlich zusammen mit Frau Fischer-Gohlke der Exponent der radikalen Richtung der SPD ist. Schließlich soll auch noch eine Verhandlung abgewartet werden, die voraussichtlich im Juli dem Staatsgerichtshof beschlagnahmt wird. Es handelt sich hier um einen Ticheta-Prozess, allerdings in kleinerer Ausmaße, da eine Anzahl medienwirksamer Kommunisten sich wegen Ademe-Worbes zu verantworten haben werden. Die Ergebnisse dieser neuen Prozesse werden dann in der Verhandlung gegen die Mitglieder der Zentrale verwertet und es dürfte auf diese Weise eine Abklärung des Verfahrens erzielt werden.

Die Frage, ob die neuen Prozesse unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner durchgeführt werden, ist noch durchaus offen. Senatspräsident Niedner hat kurze Zeit nach Beendigung des Ticheta-Prozesses einen längeren Urlaub angetreten, und es hält sich in unterrichteten Kreisen hartnäckig das Gerücht, daß der Präsident wahrscheinlich nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird. Diese Gerüchte werden mit der Tatsache in Verbindung gebracht, daß kurzzeitig gegen Senatspräsident Niedner ein Verfahren wegen Archivarbeitung schwebt, das sich auf die bekannten Zwischenfälle im Ticheta-Prozess bezieht, in deren Verlauf Rechtsanwalt Dr. Samter mit Hilfe der Polizei aus dem Sitzungssaal entfernt wurde. Dieser Verteidiger wird sich übrigens am 1. Juni vor dem Schöffengericht Königsberg wegen Verleumdung des Staatsgerichtshofes und des Senatspräsidenten Niedner zu verantworten haben. Wie einmütlich, was es zwischen dem Anwalt und Niedner schon einmütlich im Königsberger Kommunistenprozeß zu einem schweren Zusammenstoß gekommen.

Die wahnwitzige Justizmaschine des sogenannten Staatsgerichtshofes „am Schutze der Republik“ glaubt sich mit einem neuen Puh versehen zu müssen. Ensch-Niedner ist bereits in anrichtend geworden, daß er nicht mehr zu halten ist. Die offene Fensterarbeit in Leipzig, die uneheliche Protokolle, selbst aus nicht-kommunistischen Kreisen, ausläßt, soll nun dadurch wieder be-

herrscht werden, doch an Stelle Paul-Riedners — andere Fensterarbeit geleistet wird.

Das „Anlagematerial“ im Prozeß gegen die Zentrale der SPD soll „erweitert“ werden. Die diese „Erweiterung“ ausmacht, erkennt man bereits aus der Anlagenschrift des lutherischen Gehäuses, das die Post-Riedner um mit ihrem Spiegelapparat von getauften Polizeibürokraten zusammengetragen haben.

Die größte Tatsache in den Verfahren der nächsten Zukunft ist aber wohl, was die bürgerliche Korrespondenz über die „radikale Richtung in der SPD“ zu sagen hat. Hier wird nicht darum handelt, irgendwelche Vergehen oder Verbrechen gegen die bürgerlichen Gesetze zu verfolgen, sondern lediglich gegen die bürgerlichen Gesetze der Maslow und Tich Fischer u. a. die „radikale Gehirnanalyse“ der Maslow und Tich Fischer u. a. getroffen werden. Das stimmt ganz mit den Anweisungen des früheren Reichsinnenministers Jarres an die Vollziehungs- und Gerichtsbehörden überein. Die Fensterarbeit im Dienste der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten Brandes, 2. Vorsitzender des Hauptverbandes des Textilarbeiterverbandes, und die anderen „objektiven Richter“ der 2. Internationale kennen die ihnen vorgezeichneten Fensterreglements ebenso genau, ja noch besser oft, als ihre Verbandsreglements.

### Um die Amnestie

Die Morgenblätter die Verkündung der Amnestie, welches vorerzogen hat, weil von sozialdemokratischer Seite weitgehende Forderungen aufgestellt sind, die bei den Rändern, insbesondere Bayern, auf Widerstand stoßen.

Diese Mitteilung zeigt, daß eine Amnestie gebracht werden soll, die den Opfern der Klassenjustiz nichts bringt. Die Arbeiterschaft muß selbst die Forderung nach einer Vollamnestie für die gefangenen Parteimitglieder aufnehmen und den notwendigen Druck ausüben.

### Die SPD für Brotwucher

Berlin, 2. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates, der Sozialdemokrat Max R o h e n, äußerte sich:

„Man muß die deutsche Arbeiterschaft ernstlich vor einer Antigrareinstellung warnen. Die Landwirtschaft ist der erste und wichtigste Produktionszweig, der geschützt werden muß. Es gibt keine nationale Wirtschaft, wenn die Landwirtschaft nicht gedeiht. Es wäre ein politisches Verbrechen, den Arbeiter gegen jede Zollpolitik auszuspielen.“

Die Arbeiter können auf Grund dieser Erklärungen den Wert der Schreiber der „Dr. W.“ ermessen. Die Sozialdemokraten sind auf dem Wege, den Junkern und Industriellen die Zölle zu demilligen. Nur die SPD kämpft gegen den Zollwucher.

### Die Kommunisten gegen die monarchistische Gefahr

Die deutsch-nationale Luther-Schleier-Regierung hat bekanntlich bei der Beratung des Innenministers den Vorschlag gemacht, einen ständigen Verfassungsausschuß einzusetzen zwecks Beratung aller der Anträge, die zur Revision der weimarerischen republikanischen Verfassung im Sinne einer monarchistischen Weiterentwicklung gestellt sind, wie Heraushebung des Wahlalters, Ermächtigungsgesetz für die Regierung zwecks Verankerung der Regierungsgewalt, Ausführungsgesetz zum Artikel 48 usw.

Die kommunistische Fraktion hatte schon bei der Beratung im Haushaltsausschuß den sogenannten Volksklub Parteiführer erklärt, daß sie für jede antimonarchistische Maßnahme die volle Unterstützung der kommunistischen Fraktion haben würden. Darauf haben die Parteiführer natürlich nicht geantwortet. Jetzt hat die kommunistische Fraktion folgenden Antrag eingereicht:

„Der Reichstag wolle beschließen, einen ständigen Ausschuß einzusetzen zwecks Bekämpfung der monarchistischen Gefahr, insbesondere zwecks Säuberung der Staatsverwaltung der Reichswehr, der Polizei, der Justiz und der Schule von monarchistischen Elementen.“

Dadurch bekommen die Fraktionen der Sozialdemokratie, Demokraten und des Zentrums Gelegenheit, ihre Wahlversprechungen bei der Präzedenzfrage wahrzumachen, oder aber zu zeigen, daß sie alle ihre demokratisch-republikanisch-antimonarchistischen Reden selbst nicht ernst nehmen.

### Kommunisten kennen keine Grenzen

Paris, 2. Juni. (Telunion.) Aus London wird gemeldet, daß die dritte Tagung des kommunistischen Kongresses in Glasgow angefangen ist. Trotz des Verbotes des Innenministers, monach ausländische Delegierte sich nicht nach London begeben dürfen, ist es dem deutschen Kommunisten Stöcker gelungen, angetrieben in den Sitzungssaal einzudringen und das Wort zu ergreifen. Stöcker sagte in seiner Ansprache, der Innenminister vermöge nichts gegen die internationale Solidarität der Kommunisten. Dann sprach noch eine französische Delegierte der kommunistische Jugendtrupp hielt die Eingänge zu dem Sitzungssaal besetzt und wurden erst zurückgezogen, nachdem Stöcker von den britischen Kommunisten dicht umdrängt den Sitzungssaal verlassen hatte.

### Troßki über die Weltwirtschaftslage

Moskau (Kelta). Auf einer Verammlung der Mitarbeiter des Gosplan (Staatliches Planwirtschaftsinstitut) trat Trotski mit einer Rede über die Stabilisierung des Kapitalismus auf. Trotski unterricht hierbei die schnelle Wachen der Produktivkräfte Amerikas, Japans, Indiens und anderer Kolonien einerseits und das Fallen derselben Kräfte andererseits. Der Antagonismus Europa-Amerika wächst, was die revolutionäre Situation bestimmt. Amerika hält die Länder Europas über Wasser, damit sie ihre Schulden bezahlen können, England wird zurückgedrängt vom Weltmarkt und wird allmählich zum Vorkämpfer der amerikanischen Politik. Nach dem ungeheuren revolutionären Drang der Arbeitermassen in der Periode 1918—1923 hat der Kapitalismus sich nun seiner Panik erholt. Er hat die Welt stabilisiert und erhebt eine Atempause. Aber die europäische Bourgeoisie kann nicht mehr die oberen Schichten der Arbeitermassen über Wasser halten auf Kosten der Ausbeutung der Kolonien, was die Gewerkschaftsbureaucratie nach links drängt. Die englischen Gewerkschaften sind augenblicklich der allerrevolutionärste Faktor der Geschichte. Die Abhängigkeit Europas von Amerika wächst mit jedem Tage. Amerika wie Deutschland kam erst dann, als die Welt schon verteilt war. Aber Amerika unterscheidet sich von Deutschland durch eine Macht, welche sich mit Hilfe des Dollars durchsetzen kann, ohne zum Schwert greifen zu müssen und dadurch Europa an die Wand drückt. Darum kann man nicht von einer längerer Stabilisierung sprechen, sondern nur von Wiederherstellung eines regelmäßigen Funktionens der europäischen Wirtschaft. Denn die künstliche Stabilisierung der Welt belastet den industriellen Export schwer, verschlechtert die Lage der Arbeiterschaft und führt dadurch zur Klaffung der Klassen gegenüber.

Vertical text on the left margin, likely a page number or publication information.

Vertical text on the right margin, likely a page number or publication information.